

# Eine gemeinsame Verantwortung Autorin: Iris Bethge-Krauß



Damit öffentliche Banken ihre Verantwortung als Krisenhelfer und Zukunftsgestalter weiterhin wahrnehmen können, braucht es die passenden Rahmenbedingungen – verantwortlich dafür ist auch die nächste Bundesregierung.

Die Corona-Pandemie war eine Zäsur für uns als Gesellschaft und für unsere Wirtschaft. Doch dank der mittlerweile guten Impfquote kehrt Stück für Stück die Normalität zurück. Und auch ökonomisch kommt Deutschland im Vergleich zu vielen anderen Ländern stabil aus der Krise.

## **Politik und öffentliche Banken sind Partner bei der Krisenbewältigung**

Das liegt auch daran, dass Politik und Finanzwirtschaft gemeinsam Verantwortung übernommen haben. Die Förderbanken des Bundes und der Länder haben die von der Politik aufgelegten Förderprogramme effizient und unbürokratisch umgesetzt. Auch die Landesbanken konnten durch Kredite die Liquidität der von der Pandemie betroffenen Unternehmen sichern.

Klar ist: Öffentliche Banken sind Stabilitätsanker in Krisenzeiten – das zeigt sich auch aktuell bei der Bewältigung der ökonomischen Schäden durch die Flutkatastrophe.

## **Corona-Pandemie belastet Banken längerfristig**

Öffentliche Kreditinstitute werden auch gefordert sein, wenn es darum geht, den Aufschwung der deutschen Wirtschaft nach der Corona-Pandemie durch die ausreichende Ausgabe von Krediten zu unterstützen. Dabei bleiben auch die Banken nicht vollständig unbelastet von den Auswirkungen der wirtschaftlichen Eintrübung. Ein Anstieg der notleidenden Kredite in den nächsten Monaten ist absehbar.

Deshalb ist es wichtig, dass in der kommenden Phase, in der sich die Wirtschaft erholen und wieder anlaufen muss, die Kreditvergabe der Institute nicht durch regulatorische Maßnahmen übermäßig belastet wird.

## **Regulatorische Projekte müssen auf den Prüfstand**

Vor diesem Hintergrund müssen alle regulatorischen Maßnahmen auf den Prüfstand gestellt werden. Geplante Regulierungsvorhaben, die sich negativ auf die Kreditvergabe auswirken würden, sollten grundsätzlich überdacht oder zumindest verschoben werden, da ursprünglich anvisierte Zeitpläne und Umsetzungszeiträume nicht mehr angemessen sind. Zudem sollten die Erleichterungen, die Kreditinstitute und Unternehmen im Rahmen der Corona-Krise erfahren haben, nur mit Augenmaß und entsprechendem zeitlichen Vorlauf zurückgenommen werden.

## **Digitalisierung und Nachhaltigkeiten haben einen Schub bekommen**

Neben den direkten ökonomischen Auswirkungen der Krise hat Corona auch Trends wie Digitalisierung und Nachhaltigkeit massiv verstärkt. Durch die gezielte Vergabe von Fördermitteln und Krediten unterstützen öffentliche Banken die Digitalisierung von Strukturen und Prozessen in Unternehmen und Organisationen. Gleichzeitig stellen sie sich selbst digital neu auf und investieren in die digitalen Fähigkeiten ihrer Mitarbeiter. Gleiches gilt für das Thema Nachhaltigkeit.



Foto: © Dominik Bützmann

**Iris Bethge-Krauß** (\*1969) ist seit dem 1.6.2017 Hauptgeschäftsführerin des Bundesverbandes Öffentlicher Banken Deutschlands, VÖB. Zuvor war sie Teil der Geschäftsführung des Bundesverbandes Deutscher Banken, BdB. Von 2003 bis 2009 verantwortete sie die Kommunikation von Ursula von der Leyen, zunächst auf Landesebene, ab 2005 auf Bundesebene. Bethge-Krauß ist u. a. Beiratsvorsitzende der VÖB Service GmbH, Aufsichtsratsmitglied von »Deutschland – Land der Ideen« und Mentorin der Quadriga Hochschule Berlin. Den vollständigen Lebenslauf finden Sie unter: <https://www.voeb.de/cv/ibk>

Öffentliche Banken nehmen somit bei diesen Zukunftsthemen ihre gesellschaftliche Verantwortung wahr und treiben die Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft mit viel Engagement voran. Doch damit öffentliche Banken dies auch zukünftig tun können, braucht es die entsprechenden Rahmenbedingungen.

## Nachhaltigkeitsregulierung muss praxisnah sein

Gezielte Finanzmarktregulierung ist ein richtiges Instrument zur Integration von Nachhaltigkeit. Doch eine zu hohe Komplexität – wie beispielsweise bei der Offenlegung von Nachhaltigkeitsaspekten im Rahmen der EU-Taxonomie – baut gerade für kleinere Akteure Hürden auf, verlangsamt den Umsetzungsprozess und lässt die Regulierungskosten enorm ansteigen. Deshalb sollte nachhaltigkeitsorientierte Finanzmarktregulierung die Besonderheiten des deutschen Bankensystems sowie jene des Klein- und Mittelstandes stärker berücksichtigen und praxisnah erfolgen. So wird sie zu einem entscheidenden Hebel bei der schnellen operativen Umsetzung von Nachhaltigkeit.

Neben gezielter Regulierung sind auch marktinitiierte Lösungen nötig. Dabei wird die stärkere Beachtung von Wirtschaftlichkeitsaspekten und, bei langlaufenden Finanzierungsprojekten, die konsequente Berücksichtigung der Lebenszyklusperspektive auch im Rahmen der Finanzierung langfristig Risiken senken und Zukunftssicherung garantieren.

Zudem sollten sich mögliche regulatorische Vorgaben, insbesondere mit Auswirkungen auf die Kapitalunterlegung, streng am Risikogehalt der betriebenen Geschäfte orientieren. Für ein solch herausforderndes Vorhaben wie der nachhaltigen Transformation unserer Wirtschaft sind neben der Sustainable Finance Regulierung dringend auch branchenspezifische Übergangszeiträume sowie eine wirtschafts-, umwelt- und fiskalpolitische Flankierung vonnöten.

## Digitaler Wettbewerb braucht faire Bedingungen

Deutschland und Europa haben es sich zum Ziel gesetzt, digitale Souveränität zum Leitbild daten- und digitalisierungspolitischer Entscheidungen zu machen. Ein europaweit einheitlicher regulatorischer Rahmen für die Datenpolitik, der Aufbau eigener Cloudinitiativen sowie ein digitaler Euro sind entscheidend, um selbstbestimmt agieren zu können.

Wichtig ist, dass neue Anbieter und Produkte adäquat zur Banken- und Finanzmarktregulierung behandelt werden. Um einen fairen Wettbewerb zu garantieren, ist es grundlegend, dass für Anbieter vergleichbarer Dienstleistungen und Produkte dieselben Anforderungen gelten.

In der Konkurrenz privater und staatlicher Währungen ist ein digitaler Euro zukünftig ein notwendiges Instrument. Dabei muss der digitale Euro mit Augenmaß angegangen werden: Er sollte unbedingt mit einer definierten Rolle von Banken einhergehen, um mögliche Risiken zu minimieren und existente Steuerungsmöglichkeiten der EZB auch auf eine digitale Währung zu erhalten. Das zweigeteilte Geldsystem mit Zentralbank- und Giralgeld muss auch mit der Einführung des digitalen Euros bestehen bleiben.

## Gemeinsam Verantwortung tragen

Während der Corona-Krise haben öffentliche Kreditinstitute die Wirtschaft stabilisiert. Und auch nach der Pandemie werden sie gefordert sein, wenn es gilt, den Wiederaufschwung zu befördern und die Transformation hin zu mehr Digitalisierung und Nachhaltigkeit voranzutreiben. Die öffentlichen Banken stehen zu ihrem gesellschaftlichen Auftrag und sind bereit, auch zukünftig gemeinsam mit der Politik Verantwortung zu tragen. Damit dies gelingt, braucht es die passenden Rahmenbedingungen. Hier liegt die Verantwortung auch bei der nächsten Bundesregierung. ←